

klar**text**

Seite 4:

Interview mit Wulf Gallert –
Fraktionsvorsitzender der
PDS im Landtag

Seite 6:

„Streitbar für Verände-
rung“ – PDS setzt Schwer-
punkte bis 2006

Seite 10:

Arbeitslosigkeit macht
arm und Armut macht
arbeitslos

Sozial und mutig – **streitbar für Veränderung**



www.pds-sachsen-anhalt.de

PDS legt Bildungsthesen vor

von Dr. Rosemarie Hein



Jedes Jahr mit schöner Regelmäßigkeit bekommt das bundesdeutsche Bildungssystem schlechte Noten. Internationale Vergleichsstudien wie Timms, PISA, IGLU oder die jährlichen OECD-Berichte „Bildung auf einen Blick“ halten uns den Spiegel vor. Zu wenig Geld wird in Bildung investiert, die Lernergebnisse und Bildungsabschlüsse können mit denen anderer Länder nicht mithalten, die sozial bedingte Vorprägung von Bildungschancen ist nirgendwo so hoch wie in Deutschland.

Inzwischen tadeln nicht nur die hinlänglich Verdächtigen von GEW, Gesamtschulverband und linken Parteien das deutsche Bildungssystem als überholt und hinterwäldlerisch, sondern auch Wirtschaftsverbände und Unternehmensberater stellen Forderungen nach grundlegenden Reformen. Derzeit wird die Forderung nach einer stärkeren Orientierung des Bildungssystems an modernen Bildungsformen und nach längerem gemeinsamen Lernen in der Öffentlichkeit immer lauter. Die PDS hat in den vergangenen Jahren mit dem „Forum Schulbildung“ und dem Sekundarschulkonzept Diskussionsangebote für eine Schulreform unterbreitet. Dabei waren wir uns bewusst, dass Forderungen nach einer Veränderung der Schulstrukturen in Sachsen-Anhalt nach den Erfahrungen mit der Förderstufe auf wenig Gegenliebe stoßen würden.

In der Tat sind auch die notwendigen Veränderungen für eine höhere Bildungsbeteiligung, für mehr Chancengleichheit und bessere Abschlussqualitäten nicht allein eine Frage anderer Schulstrukturen. Allerdings würde die Abschaffung unterschiedlicher Schulformen unter den Bedingungen der zurückgehenden Schülerzahlen auch den Bestand von Schulstandorten, vor allem für die Klassen 5 bis 10 sichern. Es geht aber um mehr. In Sachsen-Anhalt sind aufgrund der Stundentafel und der immer weiter auseinander driftenden Rahmenrichtlinien zwischen den Schulformen spätere Entscheidungen zu höheren Bildungsabschlüssen nahezu unmöglich ge-

macht. So erhalten Schülerinnen und Schüler an der Sekundarschule deutlich weniger Unterricht als ihre Mitschüler an den Gymnasien. Bezogen auf die Stundenzahlen des Pflichtunterrichtes an den Gymnasien sind es sage und schreibe 600 Unterrichtsstunden, die von der 5. bis zur 9. Klasse bei Sekundarschülern fehlen. Das ist bei einem Übergang in höheren Schuljahren an ein Gymnasium kaum noch auszugleichen. Die Stunden fehlen vor allem in den Naturwissenschaften, den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern und bei der zweiten Fremdsprache.

Darum verwundert es nicht, dass Eltern großen Wert darauf legen, dass ihre Kinder möglichst frühzeitig das Gymnasium besuchen. Im Gegenzug verlieren die Sekundarschulen immer mehr an Attraktivität. Dem muss man und dem kann man auch entgegenwirken. Die Rahmenbedingungen dafür sind günstiger als noch vor Jahren. Mit den einheitlichen nationalen Bildungsstandards werden Kompetenzen und Fähigkeiten festgeschrieben, die in allen Ländern am Ende eines bestimmten Bildungsabschnittes unabhängig von der jeweils gewählten Schulform zu erreichen sind. Damit erübrigt sich eigentlich die Aufgliederung in unterschiedliche Schulformen und Abschlussorientierung. Nun gut, so weit ist die Kultusministerkonferenz noch nicht, dennoch ist es auch jetzt schon möglich, Schule so umzugestalten, dass Bildungsentscheidungen nicht zu früh getroffen werden müssen und vor allem dass sie nicht zu Sackgassen werden.

Die PDS wird darum Thesen einer Umgestaltung des Bildungssystems in Sachsen-Anhalt vorlegen. Es geht uns dabei zum Beispiel um die Angleichung der Stundentafeln, die Passfähigkeit von Rahmenrichtlinien, Angebote zur zusätzlichen Förderung, aufbauend auf dem, was an der Grundschule bereits geleistet wird, die Nutzung der Vorteile des Arbeitens in leistungsheterogenen Lerngruppen, die Unterstützung der Lernprozesse durch zusätzliche pädagogische Fachkräfte, eine Reform der Lehrerbildung und manches mehr. Am Ende kann dann die Vereinheitlichung der Schulformen stehen, auch wenn das vielleicht noch acht bis zehn Jahre dauern kann...

Ich kann nicht ganz verhehlen, dass auch in der PDS und ihrem Umfeld solche Reformen oft skeptisch beäugt werden. Aber man kann ja nicht immer das finnische Beispiel beschwören oder gar auf die besseren Lernergebnisse der DDR-Einheitsschule verweisen, die notwendigen Veränderungen aber nicht praktisch in die Wege leiten. Nehmen wir also das Notwendige in Angriff.

Dr. Rosemarie Hein ist Landesvorsitzende der PDS Sachsen-Anhalt und Bildungsexpertin der Partei.

KOLUMNE

PDS legt Bildungsthesen vor Seite 2

SEITE 3

Dieser Parteitag war eine Richtungsentscheidung Seite 3

INTERVIEW

Gespräch mit Wulf Gallert, Fraktionsvorsitzender der PDS im Landtag von Sachsen-Anhalt Seite 4

DOKUMENTIERT

„Streitbar für Veränderung“ – Beschluss des Landesparteitages ... Seite 6

STRATEGIE

Strategie des Erfolges Seite 8

THEMEN

Doppelhaushalt 2005/2006 Seite 9

Arbeitslosigkeit macht arm und Armut macht arbeitslos Seite 10

Der härteste Fall Seite 12

Das erste Mal für Sachsen-Anhalt: ein Volksentscheid Seite 13

Identifizierung mit allem Dunklen und Bösen Seite 13

Israel – ein Land der Gegensätze ... Seite 13

REGIONALES

Und montags zur Demo... Seite 11

Termine Seite 11

Termine Seite 12

Briefe Seite 15

Impressum Seite 15

klartext

Liebe Leserinnen und Leser, an dieser Stelle einen herzlichen Dank für Ihr Interesse an unserem Magazin. Vielleicht lesen Sie ja mittlerweile den klartext regelmäßig? Wir sind ständig bemüht, Ihnen interessante Themen in einem modernen Layout näher zu bringen.

Wie Sie wissen, wird der klartext gänzlich aus Spenden finanziert. Wir würden uns freuen, wenn Sie uns in unserer ehrenamtlichen Arbeit durch eine Spende unterstützen würden.

Ihre Redaktion

PDS Sachsen-Anhalt

Spendenkonto 118 825 901

Deutsche Bank 24 · BLZ 810 700 24

Kennwort: klartext

Kontakt

PDS-Landesvorstand Sachsen-Anhalt

Redaktion klartext

Ebendorfer Straße 3, 39108 Magdeburg

Tel.: 0391/7 32 48 40

Fax: 0391/7 32 48 48

landesvorstand@pds-sachsen-anhalt.de

www.pds-sachsen-anhalt.de

Dieser Parteitag war eine Richtungsentscheidung

von Dr. Thomas Drzisga

„...dass es soviel Harmonie auf einem PDS-Parteitag geben könnte, das überraschte dann selbst die Strategen aus der eigenen Partei.“ So nachzulesen in der Mitteldeutschen Zeitung vom 13. September 2004. Einverstanden, es gab nicht die großen Verbalkontroversen, die schärfste aller Parteitagswaffen – die Geschäftsordnung – blieb im Futteral. Die Methode des gezielten Missverständnisses wurde ebenso wenig praktiziert wie das bewährte Verfahren, anders Denken eine Dummheit zu unterstellen und diese dann zu widerlegen.

Übersetzen wir doch die eingangs erwähnte „Harmonie“ mit „ansprechender politischer Kultur“.

Allein, das war nicht das Bestimmende dieses Parteitags. Schon der Weg zu seiner Einberufung war steinig, im Einberufungsbeschluss heißt es u.a.: „Die Klausur im Januar hat trotz des Beschlusses einen zwiespältigen Eindruck hinterlassen, da wir offensichtlich nicht bereit sind, eingefahrene Gleise zu verlassen und auch provokante Fragen und Lösungsansätze zu diskutieren. Hinzu kommt die mangelnde Bereitschaft, gesellschaftlich relevante Themen aufzugreifen und unvoreingenommen und ohne Totschlagsargumente zu diskutieren (z.B. Gentechnikdebatte, Position der PDS zu Flächentarifverträgen im kommunalen Bereich, Reflexion des Agierens der PDS in Landesregierungen in Berlin und MVP).“



Und was dann – tatsächlich sehr harmonisch und mit großer Mehrheit – beschlossen wurde, ist von weit reichender Bedeutung. So vorsichtig mit großen Worten umzugehen ist – dieser Parteitag war nicht weniger als eine Richtungsentscheidung. Und es ist von großem Wert, dass der Leitantrag „Streitbar für Veränderung!“ und der Beschluss „Die PDS in Sachsen-Anhalt nach den Wahlen 2004 und Aufgaben bis 2006“ vom Parteitag faktisch einmütig getragen wurden. Richtungsentscheidung ist durchaus nicht übertrieben: Es geht um Prioritätensetzungen, die für die Parteientwicklung und den Platz der Partei in der Gesellschaft überlebenswichtig sind. Die PDS muss sich mit Blick auf das Wahljahr 2006 und weit darüber hinaus entscheiden, ob sie bewahren oder

gestalten will. Das mag verkürzt, undialektisch klingen. Natürlich wird sich eine sozialistische Partei immer der Verantwortung stellen müssen, soziale Standards zu verteidigen und auch auszuweiten. Nur darf sie wohl ihre Existenzberechtigung genau darauf nicht verkürzen. „Die PDS will sich für Sachsen-Anhalt als eine politisch wirkungsvolle, geistig moderne und zukunftsorientierte Partei profilieren. Wir stellen die Frage, was notwendig ist, damit dieses Land und die Menschen in ihm eine Zukunft haben.“ So haben es PDS-Landesvorstand und PDS-Landtagsfraktion im Januar beschlossen, und das trifft den Punkt: Eine sozialistische Partei, die nicht nach vorne schaut, die gesellschaftliche Entwicklungen lediglich zur Kenntnis nimmt, ohne sich aktiv in diese hineinzubegeben, der wird die Zukunftsfähigkeit abhandeln kommen – rein in der Lehre, überflüssig in der Gesellschaft.

Dazu bedürfen wir allemal auch des geistigen Tabubruchs, es muss Schluss sein mit der Denkweise, dass nicht sein kann, was nicht sein darf. Beschlossen hat der Parteitag Schritte in eben diese Richtung, geistige Öffnung ist ja nicht nur eine Worthülse. Die Gesellschaft verändert sich noch immer durch das Handeln (oder Nichthandeln) von Menschen. Zu den Handelnden soll und will auch die PDS gehören. Und insofern ist der PDS-Landesparteitag in Leuna eine Ermutigung!

Anzeige

Manche mögen
diese BILDung ...

... andere wollen
es genau wissen.



„Regelmäßiges Zeitungslernen erhöht die beruflichen Chancen junger Menschen.“
Dietmar Wolff, BZV

**ND: Ihr Zugangscod zu guter Bildung –
ohne numerus clausus**

ND abonnieren. Fundiert diskutieren.

☐ **2 Monate zum Preis von 1 Monat (20,30 €)**

(DM-FA-AA-KLARA)

Gewünschter Lieferbeginn: ab

Dieses Abonnement endet automatisch. Während des Zustellzeitraumes erhalten Sie von uns Informationen zum weiteren Bezug, einschließlich Rabatt und Sonderkonditionen.

Die Zeitung soll geliefert werden an:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Tel.-Nr.

Datum, Unterschrift Auftraggeber

**Für die Bestellung eines Aktionsabos
(2 Monate zum Preis von 1 Monat)
bedanken wir uns bei Ihnen mit
einem ND-Kunstkalender »Bildende
Kunst aus der
DDR« 2005**



Bitte senden Sie den Coupon an: Neues Deutschland, Aboservice, Alt Stralau 1-2,
10245 Berlin • per Fax: (030) 293 90-630 • E-Mail: aboservice@nd-online.de

„Es muss uns gelingen, überzeugend darzustellen, dass sich Sozialismus mit Zukunft verbinden lässt.“

Interview mit Wulf Gallert, Vorsitzender der Landtagsfraktion der PDS Sachsen-Anhalt

Die berühmten hundert Tage sind vorbei. Gab es die so genannte „Schonfrist“?

Also, ich denke schon, dass es diese Schonfrist gab – ich bin bis jetzt weder mit Rücktrittsforderungen noch mit substanziellen Kritiken konfrontiert worden. Insofern sind diese hundert Tage für mich kein Grund, meinen Entschluss zur Kandidatur als Fraktionsvorsitzender zu revidieren.

Mit dem Funktionswechsel wurde zugleich betont, dass politische Kontinuität angesagt sei. Dem zum Trotz – der Mensch an der Spitze setzt eigene Akzente. Welche sollen das sein?

Die eigenen Akzente werden ein Stück weit auch von außen definiert. Es ist schon so, dass man sich in dieser Funktion nicht unabhängig von den aktuellen Entwicklungen im Lande verhalten kann. Da ist die Zuspitzung der sozialen Auseinandersetzungen in dieser Gesellschaft, beispielsweise im Kontext mit den Hartz-Protesten, dazu angetan, bestimmte Dinge etwas lauter, etwas polarisierender in die gesellschaftliche Debatte einzuwerfen. Das hat auch etwas mit der anderen Person zu tun: Im Gegensatz zu Petra Sitte habe ich die ersten vier Jahre, die von der PDS hier im Landtag ja sehr schwer zu bewältigen waren, nicht miterlebt. Diese Zeit war geprägt von gesellschaftlicher Isolation der PDS, vom Kampf der PDS um faktisch jeden Millimeter gesellschaftlicher Akzeptanz. Das hat dazu geführt, dass Petra Sitte vielleicht etwas vorsichtiger, etwas ruhiger an Auseinandersetzungen herangegangen ist als ich. Das mag der wesentliche Unterschied sein, den man bisher spüren kann.

Die PDS Sachsen-Anhalt – ihre Landtagsfraktion im besonderen – will mehr als opponieren, sie will gestalten. Wie aber unter den derzeitigen politischen Bedingungen?

Das ist eine der Kernfragen in der PDS überhaupt. Wir sind oft stolz darauf, Konzepte zu haben, sagen aber zugleich, dass diese Konzepte unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen nicht funktionieren können. Allein – die Leute werden uns akzeptieren oder nicht akzeptieren nach den gesellschaftlichen Erfahrungen, die sie mit uns haben. Diese gesellschaftlichen Erfahrungen finden nicht in einer Scheinwelt, sie finden hier und jetzt statt. Vor diesem Hintergrund müssen wir uns mit der Realität auseinander setzen, selbst wenn sie in Rahmenbedingungen stattfindet, die wir nicht wollen. Aktuelles und zugleich klassisches Beispiel sind die Auseinandersetzungen um Hartz IV und die

Agenda 2010. Beides bekämpfen wir, aber wir müssen den Leuten auch Antworten geben, wie das nun wird mit den 1-Euro-Jobs. Wir müssen politische, soziale, ökonomische Perspektiven für Sachsen-Anhalt entwickeln, selbst dann, wenn Hartz IV und all das hier Fuß fasst. Dieses Spannungsverhältnis zu bewältigen, ist eine unserer Kernaufgaben. Dazu aber ist es notwendig, dass dieses Spannungsverhältnis als ein objektives begriffen wird. Wir müssen damit umgehen und uns nicht gegenseitig mit Verdächtigungen paralisieren.

Wenn die PDS hier im Lande nun regieren will, so wird sie es alleine nicht können. Wer aber ist als Partnerin in Sicht?

Wir befinden uns im Jahr 2004 in einer gesellschaftlichen Debatte, die aus Sicht der PDS – durchaus auch historisch nachvollziehbar – häufig auf das Verhältnis zur SPD begrenzt wird. Wenn wir Regierungsfähigkeit anstreben, sie wie unseren Gestaltungswillen auch unter Beweis stellen wollen, müssen wir uns vor dem Hintergrund der sehr viel differenzierter werdenden Parteienlandschaft darü-



Wulf Gallert, der neue Fraktionsvorsitzende der PDS im Landtag von Sachsen-Anhalt, mit seiner Amtsvorgängerin Dr. Petra Sitte (i.), die dieses Amt 14 Jahre inne hatte, und der Landesvorsitzenden der PDS Sachsen-Anhalt Dr. Rosemarie Hein (l.)

Es ist immer wieder eine Gretchenfrage: „Sag“, wie hältst du es mit dem Regieren?“

Es wird nicht überraschen, dass ich die Übernahme von Regierungsverantwortung auf Landesebene als notwendig ansehe, wenn es die Chance dazu gibt. Ich glaube, es ist ein Stück Flucht aus der Verantwortung, wenn man auf eine ausschließliche Oppositionsrolle setzt oder Regierungsbeteiligung an unerfüllbare Voraussetzungen knüpft. Weder ist die gesellschaftliche Situation so, wie wir sie uns vielleicht wünschen würden, noch sind potenzielle Partnerinnen so. Aber auch unter diesen Bedingungen ist es für die PDS wichtig, Gestaltungsanspruch nicht nur zu erheben, sondern ihn auch wahrnehmen zu wollen. Insofern halte ich es mit dem Regieren auch in Zeiten geringerer Wahrscheinlichkeit so, dass wir trotzdem oder gerade deshalb glaubhaft den Eindruck vermitteln müssen, dass wir es auch wollen.

ber im Klaren sein, dass eine Koalition eine Zweckvereinbarung ist, die weder von Liebe noch von besonders großer gegenseitiger Akzeptanz geprägt sein muss. Wir müssen uns im Vorfeld von Wahlen von einer direkten Partnersuche trennen. Wir werden Koalitionsbereitschaft signalisieren müssen, aber wir werden keinen Koalitionspartner definieren können. Natürlich ist es so, dass traditionell die SPD an der Stelle zuerst infrage kommt, zum einen, weil sie in der Lage ist, Wählerpotenziale anzusprechen, die andere Parteien nicht erreichen, zum anderen, weil sie von ihrem eigentlichen Stammwählerpotenzial her noch die größten Überschneidungen mit der PDS hat. Allerdings weiß ich nicht, ob das im Jahre 2006 immer noch so sein wird. Wir wissen auch nicht, wie die politischen Kräfteverhältnisse insgesamt im Jahre 2006 sein werden, ob eine Diskussion über eine politische Partnerschaft mit der SPD dann überhaupt sinnvoll sein wird.



Bei der SPD ist gehöriges Grummeln über die PDS vernehmlich, selbst Befürworter einer Zusammenarbeit seien vor allem angesichts der Hartz-IV-Proteste am Verzweifeln, so SPD-Fraktionschef Bullerjahn unlängst. Und auch aus der PDS sind zur SPD nicht nur Freundlichkeiten zu vernehmen ...

Ich wehre mich immer wieder dagegen, wenn bei uns versucht wird, mit alten Feindbildern, die ja durchaus ihre historische Bedeutung hatten, unser Verhältnis zur SPD zu bestimmen. Übrigens kommt ein großer Teil der Verärgerung in der SPD auch dorthier. In beiden Parteien gibt es eine tief sitzende Angst, vom anderen über den Tisch gezogen zu werden. Wir als PDS müssen dazu kommen, dass wir so viel Selbstbewusstsein an den Tag legen, unsere politische Entwicklung unabhängig von der SPD zu gestalten. Wenn man das dann auf einen sachlichen Zusammenhang reduziert, ist man auch besser in der Lage, Kooperationschancen und Konkurrenzsituationen zwischen beiden Parteien zu analysieren. Ich glaube, dass sowohl aggressive Haltungen in der SPD zur PDS als auch Misstrauen in der PDS gegenüber der SPD vielmehr mit den jeweils eigenen Schwächen zu tun hat als mit denen der anderen.

Der PDS-Landesparteitag im September hat mit einem Leitantrag wichtige inhaltliche Weichenstellungen vorgenommen. Es gab Stimmen, die von einer Dominanz der Landtagsfraktion sprachen. Ist da was dran?

Betrachtet man die Redeliste und die Redezeiten, dann war es so. Ich weiß allerdings

selbst nicht, ob das, was da als Eindruck entstanden ist, darauf zurückzuführen war, dass die Parteitage delegierten die Diskussion nicht als die ihre angenommen haben – allerdings ließe sich dann das Abstimmungsergebnis nicht erklären. Vorstandsmitglieder wie Mitglieder der Landtagsfraktion haben eine Reihe von gesellschaftlichen Problemen dargestellt mit der ausdrücklichen Absicht, dazu eine Diskussion in der Partei auszulösen, die es in Breite bisher nicht gab. Vielleicht wurde einfach ein Gesprächsangebot akzeptiert, und die Auseinandersetzungen dazu folgen nun.

Wie weit muss heute gedacht werden, um politisch erfolgreich zu sein? Sind es die Land-

tags- und die Bundestagswahl 2006, oder muss der Horizont weiter gesteckt sein?

Die Wahlen des Jahres 2006 in Land und Bund werden für uns nur gewinnbar sein, wenn die PDS mit einem strategischen Gesamtkonzept antritt, mit einer inneren Konsistenz, wie sie im Jahr 2004 noch nicht erreicht ist. Wir müssen ganz ehrlich sagen, wir haben im Jahr 2004 eine faktisch konkurrenzlose Situation, um linkes Wählerpotenzial anzusprechen. Das wird sich 2006 so nicht wiederholen, weil die SPD sich – gerade hier im Osten – nicht kampflös aufgeben wird. Um der künftigen Situation gewachsen zu sein, benötigen wir eine strategische Neuausrichtung der PDS, die uns glaubhaft Kompetenz verleiht. Es muss uns gelingen, überzeugend darzustellen, dass sich Sozialismus mit Zukunft verbinden lässt. Nur wenn wir zu einer solchen politischen Neuausrichtung für die kommenden 10 bis 15 Jahre kommen, haben wir eine Chance, das Wahljahr 2006 erfolgreich zu bestehen. Wir werden 2006 nicht noch einmal so gewinnen können, wie wir 2004 gewonnen haben.

Übrigens – der ebenfalls gut hundert Tage im Amte befindliche Kollege von der SPD, Jens Bullerjahn, ist exakt seit dem Tag seiner Wahl konsequenter Krawatträger...?

Aha. Jens Bullerjahn trug allerdings auch früher schon immer mal wieder eine Krawatte... Na, ich sage mal spaßhaft dazu, ein Stückchen Nonkonformismus muss ich mir noch erhalten. Ich habe nicht vor, in absehbarer Zeit konsequenter Krawatträger zu werden. Es ist einer der Vorteile der PDS gegenüber der SPD, dass ich hier auch als Fraktionsvorsitzender nicht pausenlos eine Krawatte tragen muss.

Herzlichen Dank für das Gespräch.

Das Interview führte Dr. Thomas Drzisga.

Zur Person: Wulf Gallert

geboren am 22. Juni 1963 in Havelberg, konfessionslos, verheiratet, ein Kind

1969/79 POS Havelberg, 1979/83 Institut für Lehrerbildung Magdeburg, 1983 Staatsexamen, 1988/90 Dipl.-Studium PH Leipzig, 1983/90 Lehrer, 1990/93 Politikstudium PH Magdeburg, Universität Magdeburg, 1994 Leiter Jugendzentrum in Havelberg

1990 Mitglied Kreisvorstand PDS Havelberg, 1991/93 Kreisvorsitzender, 1990/94 Mitglied Landesvorstand, 1990/94 Mitglied und Fraktionsvorsitzender der PDS im Kreistag Havelberg, 1994/99 Mitglied Kreistag Stendal

Mitglied des Landtages seit der 2. Wahlperiode, 1994/2004 Parlamentarischer Geschäftsführer und seit Juni 2004 Vorsitzender der PDS-Fraktion, Vorsitzender des Neunten Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, Mitglied des Ältestenrates, Mitglied im Ausschuss für Finanzen

www.wulf-gallert.de

WULF GALLERT

Streitbar für Veränderung!

Beschluss des 8. Landesparteitages der PDS Sachsen-Anhalt am 11. September 2004 in Leuna

Wir dokumentieren die ersten beiden Teile des Leitantrages in Auszügen. Die Teile 2.2 und 2.3 folgen im nächsten klartext.

I.
Die gegenwärtig ablaufenden tiefen gesellschaftlichen Umbrüche in unserem Land sind auch für die PDS eine große Herausforderung und verlangen neue Antworten. In dieser Situation sind auch die politischen, kulturellen und strukturellen Defizite unserer Partei deutlicher sichtbar geworden als das in der Phase des ständigen Aufschwungs mit den Wahlerfolgen bis zum Einzug in den Bundestag in Fraktionsstärke 1998 der Fall war. Zum einen war die PDS von Anfang an sehr stark die Vertreterin für Ostinteressen, welches als notwendiger Bestandteil ihrer politischen Tätigkeit gerade in den Anfangsjahren nach dem Einigungsvertrag zu Wahlerfolgen verhalf. Andererseits sind dadurch gesamtdeutsche Interessen und Politikansätze vernachlässigt worden, welches auch ein Hemmnis für die Ausdehnung der PDS in die alten Bundesländer bis heute darstellt. Spätestens die verlorene Bundestagswahl 2002 sollte uns vor Augen geführt haben, wohin geistige Stagnation führt.

Die Wahlen 2004 waren in unserem Land für uns ein Erfolg, der aber auch aus der Niederlage der politischen Konkurrenten resultierte. Das wird sich im Jahr 2006 so nicht wiederholen, wenn wir nicht den Schwung zu einem Durchbruch bei der politischen und strukturellen Neuformierung unserer Partei nutzen. Mut zur Veränderung braucht auch Mut zur Selbstveränderung.

[...]
In der Zeit der Erfolge haben wir es verpasst, diese für ein Vorantreiben strategischer Debatten zu nutzen. Das hat in Verbindung mit unseren durchaus historisch bedingten Vorstellungen von der Rolle des Staates dazu geführt, dass unsere Handlungsoptionen in der Regel auf Regelungsfunktionen des Staates abzielten und weniger auf kreatives Umsteuern setzten. Mit der Agenda Sozial ist uns hier ein Umbruch gelungen, den es auszubauen und auf andere Politikfelder fortzuschreiben gilt. Dabei haben wir gesellschaftliche Debatten aufzugreifen und produktiv zu verarbeiten und nicht der Gesellschaft unsere zu erklären. Das hat uns die SPD nicht zuletzt bei ihrem Erfolg bei der Bundestagswahl 2002 vorgeführt. Mit neuen Diskussionsangeboten und Vorschlägen wollen wir zeigen, dass es Alternativen zum neoliberalen Kurs von Rot-Grün gibt und Partner gewinnen, die sich in Protest und Gestaltung diesem widersetzen wollen.

Gleichzeitig haben wir die Pflicht, unsere Entscheidungsprozesse mehr zu kommunizieren, zu diskutieren, aber auch getroffene Entscheidungen gemeinsam zu verteidigen.



Matthias Höhn, stellvertretender Landesvorsitzender, begründete den vorgelegten Leitantrag.

II.
Gerade als PDS sind wir ständig gefordert, unsere tagtäglichen politischen Entscheidungen, egal ob in Bund, Land oder Kommune, mit einer ganzheitlichen Entwicklungsstrategie für unser Land in Verbindung zu bringen. Die öffentlichen Diskussionen über den fehlgeschlagenen Aufbau Ost und die nach wie vor stagnierende Entwicklung Sachsens-Anhalts, die fortschreitende kulturelle und soziale Spaltung unseres Landes und die damit verbundene Entfremdung von Politik einerseits und Bürgerinnen und Bürgern andererseits stellen die PDS vor neue Herausforderungen.

Wir sind aufgerufen, eine eigenständige und selbsttragende Perspektive für Sachsen-Anhalt zu formulieren, die die Zielfunktion politischer Entscheidungen neu definiert, unser Verständnis über Aufgabe und Rolle des Staates kenntlich macht und gewährleistet, dass die Menschen in Sachsen-Anhalt stärker als bisher selbst zum Träger dieser Entwicklung werden können.

Mit den folgenden Denkansätzen ist die PDS in Sachsen-Anhalt gewillt, diesen Prozess für

Sachsen-Anhalt insgesamt und unsere Partei voranzutreiben:

1. Bildung, Wissenschaft und Innovation sind Zukunftsanker

[...]
Soziale Perspektiven bestimmen sich für die Mehrzahl der Bundesbürgerinnen und Bürger immer noch aus Einkommens- und Beschäftigungsverhältnissen. Eine – wenngleich wachsende – Minderheit verfügt über Beschäftigung, aber nicht mehr über existenzsichernde Einkommen. Dieser Niedriglohnssektor ist in allen Wirtschaftsbereichen anzutreffen, tendenziell aber seltener auf Feldern, die prägend für die Herausbildung der Wissensgesellschaft sind. Innovationsfähigkeit und Innovationskraft bestimmen in Zukunft im engeren Sinne maßgeblich über die Zukunft ganzer Volkswirtschaften und im weiteren Sinne über die Perspektiven der Gesellschaft selbst.

Wissen ist damit nicht nur zur bestimmenden Ressource in der Wirtschaft geworden, sondern Wissen ist wichtigste Voraussetzung für verbesserte soziale Perspektiven.

Die Produktivkraftentwicklung hat diese Gesellschaft in eine wissensbasierte Ökonomie geführt. Wissensbasierte Ökonomie allein ist kein gesellschaftsunterscheidendes Merkmal, wohl aber die inhaltliche Bestimmung der Zielfunktion von Bildung und Innovation aus gesamtgesellschaftlicher Sicht und die Ausgestaltung der Aneignung. Hier ist weiterführend eine linke Vorstellung von gesellschaftlicher Zukunft gefragt. Das schließt auch ein neues Verständnis von Arbeit und zur Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums ein. Ein Abbau der Massenarbeitslosigkeit durch Schaffung neuer Beschäftigungsverhältnisse im produzierenden Bereich wird auch mit Hartz IV scheitern. Statt des von Politik und Wirtschaft gepredigten Weges der Erhöhung der Arbeitszeit und des Abbaus der Realeinkommen werden neue Arbeitsplätze nur dann entstehen, wenn Arbeit geteilt wird und neue Felder, vor allem im sozialen, kulturellen und ökologischen Bereich erschlossen werden. Die Umverteilung des im produzierenden Bereich geschaffenen Reichtums in das gesamte Spektrum zu leistender gesellschaftlicher Aufgaben ist ein wichtiger Indikator für Zukunftsfähigkeit.

Wir gehen davon aus, dass mit einer wachsenden Zahl innovativer Unternehmen, langfristig eine relativ stabile Basis für qualitative Wachstumsfaktoren und Beschäftigungsperspektiven im Technologiesektor entsteht. Qualifizierte Menschen verfügen in den neuen Ländern vergleichsweise zwar immer noch über niedrigere Einkommen, sind aber selbst Träger einer Entwicklung, die im innovativen Bereich liegt und ein Gegengewicht zum bisherigen Niedriglohnssektor im Osten

aufbauen kann. Die Beschäftigungsverhältnisse der „verlängerten Werkbank“ zeichnen sich durch einseitige Abhängigkeiten und wachsende Abwanderung in die neuen EU-Länder bzw. EU-Anrainerstaaten aus. Die Entwicklung innovativer Regionen, mit Wertschöpfung innovativer Unternehmen, mit Beschäftigungsperspektiven, mit stabilen Steuereinnahmen und Beiträgen in die sozialen Sicherungssysteme sind das langfristige Ziel. Das verlangt ein Umdenken in der Förderpolitik auf allen Ebenen hin zu einer Konzentration auf die Förderung eines Strukturwandels der Wirtschaft zu einer stärkeren wissensbasierten Produktion mit sinkendem Ressourcenverbrauch und hoher Wertschöpfung. Als Schwerpunkte für Sachsen-Anhalt sehen wir die höhere Veredelung chemischer Grundprodukte, die Erhöhung der Effektivität erneuerbarer Energien, die Biotechnologie und hoch spezialisierte anwendungsbezogene Systemlösungen im Maschinen- und Anlagenbau.

[...]

Unter den gegenwärtigen finanziellen Rahmenbedingungen müssen wir auch in der Lage sein, Prioritäten zu setzen, die sich über alle Ebenen des politischen Wirkens von PDS-Politikerinnen und -Politikern halten lassen. Bildungsinvestitionen durch den gezielten Einsatz öffentlicher Mittel, angefangen von der Kindertagesstätte über Hochschulen und Forschungseinrichtungen bis zu innovativen Unternehmen, dienen langfristig der Öffnung innovativer Entwicklungsräume. Eine solche Priorität ist ein Signal an diejenigen, insbesondere jungen Leute, die qualifiziert und tatendurstig auch für sich etwas aufbauen wollen, hier in Sachsen-Anhalt aber das Gefühl der Perspektivlosigkeit haben.

Wir brauchen eine weit gefasste Vorstellung von Bildungs- und Innovationspolitik. Dazu ist es notwendig, Innovations- und Bildungsräume zu definieren. Nicht nur, aber auch angesichts knapper Kassen ist zu erwarten, dass auch innerhalb dieser Innovationsräume eine Prioritätensetzung notwendig wird. Die Investition in Kindertagesstätten und Elementarbildung hat aufgrund der Bedeutung der ersten Lebensjahre für die Erschließung späterer Bildungspotenziale von Kindern und Jugendlichen eine genauso hohe Priorität wie die Schnittstelle von Wissenschaft und Wirtschaft, um Innovationen in Wertschöpfung und damit in den produktiven Bereich samt Arbeitsplätzen zu bringen.

Bildung steht originär immer in einer funktionalen Beziehung zur Gestaltung gesellschaftlicher Umstände. Wir betrachten daher Bildung nicht nur als zivilisatorisches Ziel, sondern nehmen den funktionellen bzw. instrumentellen Charakter von Bildung an. Auch deshalb müssen wir verständliche und praktikable Vorschläge gegen zunehmende Einschränkung des Zuganges zu und der Teilhabe an Bildung entwickeln und uns nicht mit Abwehrargumentationen zufriedengeben.

Diese laufen letztlich ohnehin meist darauf hinaus, das Bestehende zu erhalten, obwohl auch dieses vielfach und zu Recht von uns kritisiert wird. Eine hohe Bildungsbeteiligung bleibt Ziel der PDS als Grundlage für eine erfolgreiche Entwicklung des Landes.

Die Entwicklung der Hochschul- und Forschungslandschaft im Osten gehört zu den Prioritäten unserer Handlungskonzepte, muss aber auch kritischer Betrachtung hinsichtlich perspektivischer Leistungsfähigkeit für das Land unterzogen werden. Wir sollten offensiv die Forderung nach einer wissenschaftskritischen Wissenschaft an den Hochschulen stellen, trotz des zu erwartenden Vorwurfes, dass damit Eingriffe in die Autonomie bzw. Selbstverwaltung der Hochschulen erfolgen würde. Öffentliche Förderung müssen wir in dem Kontext mit einem Anspruch auf Leistung sehen.

Wir müssen uns der Debatte um Eliten und Leuchttürme stellen. Eine Diskussion, ob der Osten elitäre Bereiche braucht oder der Schwerpunkt auf der Förderung von Netzwerken und Clustern liegen sollte, darf sich nicht auf ein entweder oder beschränken. Innovationsstandorte, die national oder gar international wahrnehmbar bleiben oder werden sollen, brauchen ohnehin Alleinstellungsmerkmale. Bezogen auf die geistigen Träger heißt das für uns Fördern statt Auslesen! Bildungs- und Wissenschaftspolitik erweist sich aus dieser Perspektive als zentraler Ansatzpunkt einer Integrationsleistung, die diese wie jede andere Gesellschaft zu erbringen hat, um Zukunftsfähigkeit und Chancenwahrnehmung zu entwickeln. Bezogen auf Denkansätze von Politik und Wirtschaft heißt das zwischen den lokalen und regionalen Interessen von Politik einerseits und den überregionalen und globalen Interessen der Unternehmen andererseits größere Schnittmengen zu vereinbaren.

Stellen wir uns der Produktivkraftentwicklung, müssen wir auch neue Technologien wie Innovationen überhaupt einer inhaltlichen Bewertung unterziehen. Es muss erschlossen und kommuniziert werden, was sich inhaltlich hinter den neuen Entwicklungen, Produkten, Methoden, Technologien und Verfahren verbirgt.

Die aus der Umsetzung resultierenden Konsequenzen müssen ausgelotet und bewertet werden. Risikoerkundung gehört zu den Kernaufgaben traditioneller und neu entstandener Wissenschaftsdisziplinen und ihrer Erkenntnisse. Sie darf nicht allein nachgelagert, nachsorgend betrieben werden.

Wir müssen uns mit Bedingungen und Folgen einer kommerziellen Verwertung auseinandersetzen. Kommerzielle Verwertbarkeit allein ist kein hinreichender Grund der Ablehnung.

Wir werden Prioritäten bei der Bewertung sowie bei der Abwägung von Chancen und Risiken setzen müssen, wenn es um die Frage der Anwendung von Innovation geht. Was für

eine ablehnende Haltung ausschlaggebend ist, muss auch nachvollziehbar sein. Dabei ist die Frage zu klären, ob die monopolistische Aneignung des Ertrages allein zur Ablehnung ausreicht. Das müssen wir in Abhängigkeit von den konkreten Bedingungen immer neu entscheiden.

Wir verfügen nicht über die notwendigen Mehrheiten, um etwas durchzusetzen oder zu verhindern. Daraus müssen politisch verlässliche Schlussfolgerungen für unser Handeln gezogen werden, die uns inhaltlich tragen und Wege zu notwendigen Mehrheiten und daraus folgendem Einfluss aufzeigen, um unsere Positionen auch umsetzen zu können. Wir müssen auch aus der Minderheitenposition glaubhaft sein. Konjunkturelle Abhängigkeit von medialer Darstellung, von einseitigem Lobbyismus macht erpressbar – führt mindestens in Nötigungssituationen. Wir werden auch strategische und taktische Positionen des Widerstandes und der Auseinandersetzung erarbeiten müssen, um politisch im Prozess der Einführung und Anwendung kritischer oder gar abgelehnter Technologien in der Privatwirtschaft handlungsfähig zu bleiben. Die Ignoranz anderer politischer Akteure gegenüber Forderungen nach Aufklärung kann öffentlich vorführen, dass uns zumindest an diesem Punkt die Durchsetzungskraft fehlt. Stattdessen verschafft man der Privatwirtschaft kraft parlamentarischer Mehrheiten, zusätzliche Möglichkeiten sich öffentlicher Kontrolle zu entziehen. Zugleich jedoch verlagern die gleichen parlamentarischen Mehrheiten den Risikoausgleich auf die staatliche Ebene unter Einsatz von öffentlichen bzw. Steuergeldern.

Im Prozess der Aufklärung, Kommunikation und öffentlichen Auseinandersetzung brauchen wir Partner auf den verschiedensten Ebenen – parlamentarisch und außerparlamentarisch. Aber deren Unterstützung kann nicht in ungeprüfter Übernahme von Positionen bestehen. Es ist normal, dass diese Partnerschaft auch von einem rein instrumentalisierten Verhältnis gegenüber der PDS gekennzeichnet ist. Wir können nur dann souverän handeln, wenn es uns gelingt, auch in diesen Konstellationen unsere Positionen zu halten und zu erklären.

Die Träger von Innovation und Fortschritt haben meist einen eigenen Anspruch, der stark mit den Begriffen Leistung und Karriere verbunden ist. Das ist bei uns zu oft verpönt. Gerade auch in diesem Spektrum haben aber auch Kategorien wie Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit einen hohen Stellenwert. Nach den wissenschaftsfeindlichen Entscheidungen der Landesregierung ist zu beobachten, dass mehr, vor allem auch junge Leute Interesse an der Politik der PDS gezeigt haben. Jetzt heißt es für uns offensiv auf junge Leute und Intellektuelle zuzugehen!

Wissenschaft, Bildung und Innovation sind Zukunftsanker.

[...]

Strategie des Erfolges

von Dr. Thomas Falkner

Zwei Jahre nach ihrer schwersten Niederlage, ein Jahr nach der Notbremsung in ihrer tiefsten innerparteilichen Krise erzielte die PDS im Jahr 2004 ihre bislang größten Wahlerfolge: Sie kehrte gestärkt in das EU-Parlament zurück, erzielte Rekordergebnisse bei allen Landtagswahlen und wurde in Brandenburg erstmals in einem Bundesland nach Erststimmen stärkste Partei; erstmals lag sie dort auch in einem konkreten Politikfeld – der Bildung – bei den Kompetenzzuweisungen seitens der Bürgerinnen und Bürger vorn.

Ob bei den Montagsdemos in Ost und West, an den Kabinettsstischen oder als Oppositionspartei mit Kompetenz und Gestaltungsanspruch – stets war die PDS zu erkennen – die PDS als die Partei der sozialen Gerechtigkeit, die Partei links von der SPD. Das eine war ohne das andere nicht zu denken: Das Protestplakat gegen Hartz IV war vor allem deswegen glaubwürdig, weil die Menschen wussten, dass die PDS in Berlin und Schwerin die Zustimmung zweier Länder verhindert hatte – und zugleich in ihrem Interesse an der Umsetzung der ungeliebten Gesetze arbeitete.

Das „strategische Dreieck“ aus Widerstand und Protest, Anspruch auf Mit- und Umgestaltung sowie über den Kapitalismus hinaus weisenden Alternativen, das im Leitantrag an den Bundesparteitag entwickelt wird, spannt offensichtlich das richtige Koordinatensystem auf. Also Ende des Nachdenkens? Vorsicht: Alte Irrtümer, alte ideologische Setzungen schwangen und schwingen stets mit, wenn wir über Strategie debattieren, z.B. die Gleichsetzung von Strategie und Grundsatzprogramm, die zu einer Reduzierung von Strategie auf Taktik führt. Und so zur politischen Lähmung der Partei wie in den unendlichen Debatten um die Regierungsbeteiligungen. Welchen Zweck haben sie? Was nutzen sie wem? Sind sie ein „Wert an sich“ (Gysi 1998 zu Mecklenburg-Vorpommern), weil sie die Dämonisierung der PDS beendeten und sie nicht länger als Investorenschreck erscheinen ließen? Sähen wir das so, wäre die Strategie (dann nur parteiegoistische Taktik) aufgegangen und man müsste sich entweder nach neuen Horizonten umsehen (den

demokratischen Sozialismus in einem Bundesland einführen) oder in simpler (Koalitions- und Wahl-)Taktik versacken. Definiert man aber Regierungsbeteiligungen als Einstiegsbedingungen zur aktiven Einflussnahme auf Richtung und Inhalt der aktuellen Reform der Gesellschaft, als Zugriff auf Handwerkszeug und Ressourcen zur Veränderung, so rückte die Frage ins Zentrum, welche Projekte denn nun in Angriff genommen werden, was man innerhalb einzelner Legislaturperioden einbringen, unterstützen oder verhindern kann. Was machen wir mit der Stärke der Partei, so lange der demokratische Sozialismus noch nicht greifbar ist? Was sind nach der Konsolidierung der Partei und ihrer Verankerung im politischen System die nächsten anzustrebenden Schritte? Was kann, was soll zwischen den ersten Regierungsbeteiligungen auf Landesebene und dem Ausbrechen des demokratischen Sozialismus in Deutschland und der Welt geschehen? Welchen Maßstab haben wir dafür? Welchen – externen – Maßstäben müssen wir uns stellen? Das sind die strategischen Fragen, denen wir uns mit wesentlich mehr Ernst als bisher stellen müssen.

Dazu gehört auch, die Erfolge des Jahres 2004 nicht nur vor dem Hintergrund der eigenen Krise zu bejubeln, sondern sie angesichts der Krise der Gesellschaft richtig zu verstehen. Die Thesen der Strategie-AG beim Bund beschreiben in diesem Zusammenhang „eine Reihe von mit einander verflochtenen Krisen im vertrauten Gesellschaftsmodell“ – von der Wachstums- und Strukturkrise über die verfestigte hohe Massenarbeitslosigkeit, die Abkoppelung der Löhne und Gehälter und damit auch der sozialen Sicherungssysteme vom Bruttoinlandsprodukt, den Wandel der Altersstruktur, die Probleme Ostdeutschlands, die Misere im Bildungssystem und bei den öffentlichen Finanzen bis hin zur forcierten kapitalistischen Globalisierung und zur Aufwertung der Gewalt durch die Militarisierung in den internationalen Beziehungen und den neuen internationalen Terrorismus.

„Die gesellschaftspolitischen Akteure streben danach, diese ‚Störungen‘ zu verarbeiten“,

wird dann festgestellt. „Vieles ist dabei noch offen – das heißt: auch beeinflussbar.“ Demokratisch-sozialistische Politik, die sich an Widerstand und Protest, Anspruch auf Mit- und Umgestaltung sowie über den Kapitalismus hinaus weisenden Alternativen orientiert, muss genau hier ansetzen. Dabei geht es nicht, wie von der „jungen Welt“ behauptet, um die „Störfreimachung des Kapitalismus“, sondern darum, in der realen gesellschaftlichen Entwicklung jene archimedischen Punkte zu finden, an denen man im demokratischen Wettstreit mit anderen politischen Kräften jene Lösungsansätze als die besseren, überzeugenderen entwickeln und Stück für Stück mehrheitsfähig machen kann, die tatsächlich gesellschaftlichen Fortschritt darstellen und weiteren ermöglichen.

Das ist auch die Herausforderung der nächsten zwei Jahre auf dem Weg zum Wiedereinzug der PDS in den Bundestag. Schon jetzt wird deutlich, wie für 2006 ein „Kampf der Lager“ inszeniert wird:

- Bürgerversicherung gegen Kopfpauschale in der Gesundheitsreform;
- Verteidigung oder forciertes Kahlchlag der Arbeitnehmerrechte;
- Chancen für alle und langes gemeinsames Lernen oder Elitenförderung und soziale Ausgrenzung in der Bildungspolitik;
- Konsolidierung und Neuansatz für Ostdeutschland oder Abschreibung einer ganzen Region mit Ausnahme einiger bereits bestehender Leistungszentren;
- Verlässlichkeit in der Außenpolitik gegen eine fragwürdige Linie wie die von Frau Merkel in der Türkeifrage, friedliche Konfliktbewältigung oder weitere Militarisierung;
- Fortführung und sozial gerechte Weiterführung der europäischen Integration oder Abschottung, nationalstaatliche Rivalitäten und weitere Unterordnung der EU unter die Kapitalinteressen;
- Nachhaltigkeit und humanistische Verantwortung oder Atom- und Genpolitik im Interesse der Kapitalverwertung;
- Entfaltung von Demokratie, Zivilgesellschaft und Solidarität oder Einschränkung von Interessenausgleich und Wettbewerbsföderalismus.

Für die PDS wird es darauf ankommen, sich nicht neben diese Konflikte zu stellen, sondern in ihnen nicht nur Partei zu ergreifen, sondern sich dabei abzuheben als die unverzichtbare treibende Kraft für soziale Gerechtigkeit und Frieden, für den Osten, für die schwachen Regionen. Das ist nicht nur überlebenswichtig für die Partei, sondern essenziell für viele Menschen im Lande, deren Interessen und Bedürfnisse sonst einfach untergehen.

Dr. Thomas Falkner war Mitautor der Thesen zur Strategiedebatte der PDS.



Die Kreisvorsitzenden der PDS Sachsen-Anhalt während einer Beratung zur Strategie der PDS.

Doppelhaushalt 2005/2006 – doppelt mutig oder doppelt riskant?

von Dr. Petra Weiher

Erstmalig in der Geschichte Sachsen-Anhalts hat eine Landesregierung einen Doppelhaushalt vorgelegt. Das ist an sich nichts Ungewöhnliches oder Unübliches. Viele Bundesländer machen das seit Jahren mit unterschiedlichem Erfolg und aus unterschiedlichen Gründen. Ein Grund ist die Angst, den Haushalt eines Landes zum Wahlkampfthema im letzten Jahr einer Legislatur zu machen. Das mag auch die derzeitige Regierung und ihre stützenden Fraktionen FDP und CDU getrieben haben, denn die Bewertung eines Doppelhaushaltes könnte zum gegenwärtigen Zeitpunkt unterschiedlicher nicht sein.

Die einen nennen ihn mutig, die Konsolidierung vorantreibend und Sicherheiten bringend für alle nachfolgenden Ebenen von Kommunen bis Selbstinitiativen. Die anderen nennen ihn riskant und knapp an der Verfassungsgrenze vorbei, voller Unwägbarkeiten und ohne tatsächliche zukunftsweisende Weichenstellungen. Die PDS-Landtagsfraktion gehört aus guten Gründen zu den anderen. Nüchtern betrachtet lässt sich der Doppelhaushalt durch einige Zahlen charakterisieren, die im Vergleich zu den entsprechenden Vorjahreszahlen interessante Schlussfolgerungen zulassen.

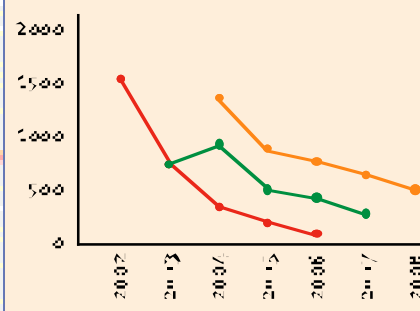
Das Volumen der Haushalte für 2005 und 2006 liegt mit 9,94 Milliarden Euro unter den Vorjahreswerten, weil u.a. die Hochwassermittel fast komplett entfallen und die Lehrerarbeitszeitkonten im Jahr 2004 ausbezahlt wurden. Trotzdem bleibt die Nettokreditaufnahme nahe an einer Milliarde Euro, nämlich bei 900 Millionen in 2005 und 800 Millionen in 2006. Das ist weit über dem, was das Land ursprünglich in seinen mittelfristigen Finanzplanungen veranschlagt hatte. Allein im Zeitraum 2004 bis 2006 – also über drei Jahre – erhöht sich die Nettokreditaufnahme gegenüber der mittelfristigen Planung vor einem Jahr um eine Milliarde Euro, im Vergleich zur Planung vor zwei Jahren sogar um sagenhafte 2,4 Milliarden. Der Zeitpunkt, ab dem man keine neuen Kredite mehr aufnehmen will, ist auf 2011 verschoben worden – 2002 plante man noch 2007. Auch dieses Ziel 2011 ist aber nur zu erreichen, wenn alles so aufgeht, wie es im Haushalt aufgeschrieben ist. Nichts aber ist so schwer vorhersehbar ist wie Einnahmen und Ausgaben in Sachsen-Anhalt. Die mittel- und langfristige Perspektive des Landes ist direkt abhängig von der Steuerpolitik, den Veränderungen in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, die mit Hartz IV zu erwarten sind, den Wachstumsraten des BIP entsprechend der tatsächlichen konjunkturellen Entwicklung und der demographische Entwicklung, insbesondere der anhaltenden Abwanderung. Nicht geplante Entwicklungen können den Doppelhaushalt zum Kippen bringen.

Allein die Steuereinnahmen könnten wieder weit unter den Erwartungswerten liegen. In den Jahren 2003 und 2004 mussten sie jeweils um einen dreistelligen Millionenwert nach unten korrigiert werden. Besserung ist nicht in Sicht, selbst wenn ein jährliches Wirtschaftswachstum bundesweit von 1,5 Prozent erreicht würde. Dazu kommen sinkende Sonderbedarfsergänzungszuweisungen aus dem Solidarpakt II, die sich generell bis zum Jahr 2019 degressiv gestalten werden. Welche Änderungen sich in der Förderperiode 2007 bis 2014 auf EU-Ebene ergeben werden, sei hier außer Acht gelassen. Aber auch hier ist nicht zu erwarten, dass diese Mittel nach dem EU-Beitritt vieler osteuropäischer Länder zunehmen werden.

Mittelfristige Finanzplanung

2002 bis 2006 / 2003 bis 2007 / 2004 bis 2008

Nettoneuverschuldung in Millionen Euro



Schon dieser kurze Abriss zeigt, dass Prognosen, die bis ins Jahr 2011 reichen, mehr als fragwürdig sind. Allein die Einnahmesituation zeigt, wie riskant ein Unternehmen „Doppelhaushalt“ derzeit ist und dass es Sicherheiten auf der Ausgabenseite eben nicht gibt.

Eng mit der Nettoneuverschuldung verbunden sind die eigenfinanzierten Investitionen. Das Land darf maximal in Höhe der eigenfinanzierten Investitionen neue Kredite aufnehmen. Wird diese Grenze überschritten, ist der Haushalt verfassungswidrig. Die Spanne zwischen den Investitionen und der Kreditaufnahme beträgt für das Jahr 2005 ganze 45 Millionen Euro und für 2006 etwa 100 Millionen. Schaut man sich z. B. die Personalausgaben oder andere Ausgaben im Haushalt an, wird schnell klar, wie eng diese Spannen wirklich sind. 2005 wurden einfach 30 Millionen Schuldendienstzahlungen in Darlehen umfunktioniert – damit gelten sie als Investitionen. Beim Personal wurden bei den Angestellten 40 Millionen Einsparungen eingestellt, obwohl das geltende Tarifrecht das nicht zulässt. Darüber hinaus sind in 2005 allein 45 Millionen Euro aus Verkäufen im Haushalt enthalten. In den letzten Jahren platzten dort aber die Erwartungen wie Seifenblasen. Falls nur einer dieser Haushaltsti-

tel nicht den gewünschten Betrag erbringt, müssten im Vollzug des Haushaltes Haushaltssperren als Sparmaßnahme ausgesprochen werden. Wo bleibt da die Sicherheit für nachfolgende Ebenen? Völlig ungeklärt und nicht berücksichtigt ist bisher die zukünftige Entwicklung der Landesbank Nord/LB. Bleibt Sachsen-Anhalt zukünftig Träger der Bank mit einem 10-prozentigen Anteil, werden unter Umständen bis zu 220 Millionen im nächsten Jahr fällig, die die Bank braucht, um ihre Kapitalbasis zu stärken. Das ist notwendig, da nach einer Entscheidung auf EU-Ebene ab Mitte 2005 die Gewährträgerhaftung der Länder entfällt und die Banken für ein gutes Rating mehr Kapital benötigen.

Im Haushaltsvollzug lassen sich solche Summen auf keinen Fall mehr einsparen.

Aber gespart wird, und zwar genau an den Stellen nicht zu knapp, die die PDS-Landtagsfraktion als Zukunftspotenzial betrachtet. Kinder, Jugend, Wissenschaft, Bildung – seien es die zehn Prozent, die ab 2006 den Hochschulen entzogen werden, seien es die 2,5 Millionen Euro bei der Schülerbeförderung. Komplette weggespart wird das Feststellenprogramm in der Jugendarbeit in Höhe von fünf Millionen. Das alles mag – ausgenommen die 10 Prozent bei den Hochschulen – in der Summe wenig im Vergleich zum Gesamthaushalt sein. Die sich daraus ergebenden Folgen sind aber verheerend für die nachfolgende Generation, weil dort Entwicklungschancen gekappt werden. So bedeuten fünf Millionen Kürzung im Feststellenprogramm, dass 240 Pädagogen, Sozialarbeiter, Klubleiter auf der kommunalen Ebene zum 1. Januar 2005 arbeitslos werden. Betroffen sind letztlich Tausende Kinder und Jugendliche, denen wichtige Bezugspersonen entzogen werden. Noch krasser wird das Bild, wenn man sich im Kontext des Doppelhaushaltes 2005/06 die Entwicklung der Mittel für die Jugend- und Jugendsozialarbeit ansieht. Innerhalb von vier Jahren – von 2002 bis 2005 – schrumpften die Mittel von 9,3 Millionen Euro auf ganze 3,1 Millionen zusammen. Ganze 30 Prozent bleiben an dieser Stelle stehen, die über Jahre hinweg trotz aller Haushaltswidrigkeiten konstant bei knapp zehn Millionen gehalten wurde.

Der Abbau des Sozialstaates und eine stärker werdende soziale Polarisierung innerhalb der Gesellschaft wird an diesen Stellen überdeutlich sichtbar. Sichtbar wird auch, dass die Landesregierung in dieser Legislatur ihr Ziel „Konsolidierung des Haushaltes“ meilenweit verfehlt und mitverantwortlich zeichnet für die desaströse Situation der öffentlichen Hand.

Dr. Petra Weiher ist finanzpolitische Sprecherin der PDS-Landtagsfraktion und Vorsitzende des Finanzausschusses des Landtages.

Arbeitslosigkeit macht arm und Armut macht arbeitslos

von Birke Bull



Der Gesellschaft geht die bezahlte Arbeit aus, wenigstens in der Form, die wir bisher kennen und erstrebenswert fanden. Die Gewinne von gestern sind weit eher zu Spareinlagen geworden, als zu Investitionen. Und letztlich: weder Investoren noch Gewinner haben in ernst zu nehmendem Maße Arbeitsplätze geschaffen. Wie nun aber geht eine Gesellschaft mit denen um, die seit langem und erfolglos nach einem angemessen bezahlten Arbeitsplatz suchen? Das und nichts anderes wird durch das neue Sozialgesetzbuch II – auch Hartz IV genannt – unmissverständlich beantwortet. Armut per Gesetz – so hat es die PDS auf einen recht knappen Nenner gebracht. Über Armut lässt sich trefflich streiten, vor allem dann, wenn man selbst nicht betroffen ist.

Nach dem Willen der Europäischen Union beginnt sie in den jeweiligen Mitgliedsstaaten bei 60 Prozent des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens. Dieses so genannte Nettoäquivalenzeinkommen lag im Jahr 2002 laut Statistischem Bundesamt in den neuen Ländern bei 1.008 Euro und in den alten bei 1.217 Euro. Wer demnach weniger als 604,80 Euro monatlich zur Verfügung hat, gilt hierzulande als arm. Die Betroffenheit wird unterschiedlich ausfallen, je nach dem ob sich ein Ein-Euro-Job findet oder ob die Übergangsgelder bis 2007 noch Linderung bringen. Mag die Formel der PDS vielleicht den exakten sozialwissenschaftlichen Nachweis schuldig bleiben. Dennoch: Hartz IV setzt einen Prozess des sozialen Abstiegs in Gang, wie er bislang unbekannt war.

Die statistische Berechnung der Armutsquote in Deutschland ist das eine, wirklich arm zu sein oder aber eine Ahnung davon zu spüren, ist das andere. Lebensepisoden, in denen es an Geld mangelt, sind schwierig, aber zu bewältigen. Zum wirklichen Problem wird Armut erst dann, wenn Eigenverantwortung und Selbsthilfe regelmäßig ins Leere laufen, weil es eine unumstößliche Tatsache ist, dass in Sachsen-Anhalt hinter einem freien

Arbeitsplatz satte 37 potenzielle Arbeitssuchende stehen, für jeweils 36 Frauen und Männer die Forderung flexibel und motiviert zu sein, nicht nur zynisch klingt, sondern de facto auch ist.



Für Erwachsene ist es der Verlust des sozialen Status, denn man fühlt sich draußen und man ist auch draußen, kann nicht mehr mitreden, hat nichts vorzubringen, was ernst genommen werden könnte in einer Arbeitsgesellschaft – einer Gesellschaft also, die alles und jeden über Arbeit definiert. Für Kinder wird ein Teufelskreis in Gang gesetzt. Denn fast überall, wo es was zu lernen gibt: im Kino, im Internetcafé, in der Bibliothek, im Spaßbad, im Sportclub – überall dort braucht es schlichtweg Geld, um dabei sein zu können. Ohne Moos, nix los. Überspitzt gesagt: Armut macht dumm und Dummheit macht arm.

Die Gefahr der Verarmung ist jedoch mittlerweile kein Randgruppenproblem mehr. Wie sonst hätten sich mitten im Sommer in Magdeburg auf dem Domplatz so viele Menschen gefunden. Drei Prozent Sozialhilfeempfänger haben in aller Regel weder die Kraft, sich selbst auf die Beine zu machen, noch bringen sie eine Gesellschaft auf die Beine. Eine Erkenntnis übrigens, die nachdenklich stimmt. Nun wird Hartz IV nicht mehr nur zum Stigma für die Betroffenen, sondern vor allem

zur Bedrohung für die Gefährdeten, die Instrumente werden schon mal gezeigt. Natürlich, es wird keiner hungern oder gar verhungern. Aber: Wer nicht arbeitet, soll zumindest weniger essen. Denn Arbeit gibt's genug: für ein oder zwei Euro. Die emanzipatorische Idee eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors wird zum Schnäppchenpreis verhökert. Die Betroffenen werden in unangenehmer Weise zu pädagogischen Objekten, die Arbeit selbst wird quasi entwertet.

Der eigentliche Preis aber, den die Gesellschaft zu zahlen haben wird, ist ungleich höher: Die Angst vor sozialem Abstieg ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen und bleibt nun tatsächlich keine Privatsache mehr. Sie wird zum gesellschaftlichen Problem, allerdings in ganz anderer Weise als vielleicht gewünscht. Solidarität und Gemeinnützigkeit werden sich Schritt für Schritt verabschieden, damit schrumpft der soziale Kitt. Toleranz und Konfliktfähigkeit sind ohnehin

anstrengend und ohne soziale Sicherheiten kaum noch leistbar. Die Schwelle für Fremdenhass und Gewalt senkt sich. Ein Berühmter hat es mal auf den Satz gebracht: „Erst kommt das Fressen, dann die Moral!“. Zum Fressen – mit Verlaub – wird es reichen. Aber für die Moral braucht es mehr: Bildung, Kultur, sozialer Zusammenhalt, Gesundheit und das Gefühl, etwas wert zu sein.

Und so landen wir wieder bei der Ausgangsfrage: Wie geht die Gesellschaft mit denen um, die seit langem und erfolglos nach einer angemessen bezahlten Arbeit suchen, eine gesellschaftlich Gruppe, die alles andere als eine zu vernachlässigende Größe sein wird? Arbeitslosigkeit macht arm und Armut macht arbeitslos. Aus einer liberalen Gesellschaft wird eine neoliberale – und das ist so ziemlich das Gegenteil, denn ein Mindestmaß an sozialer Geborgenheit und Sicherheit ist eine der Geschäftsgrundlagen für die Demokratie.

Birke Bull ist sozialpolitische Sprecherin der PDS-Landtagsfraktion und stellvertretende Fraktionsvorsitzende.

Und montags zur Demo ...

von Hans-Werner Brüning

„Warum organisiert die PDS nicht diese Demo?“, fragte mich ein alter Bekannter, den ich an einem Montagabend im August 2004 nach über zwanzig Jahren wieder getroffen habe. Eine gute Frage. Die Magdeburger Demonstrationen waren gerade auf dem Höhepunkt. Zwölftausend zogen an diesem Tag durch die Innenstadt und die Medien berichteten noch nicht in regierungsfreundlicher Weise darüber. Wir PDS-Mitglieder waren von Anfang an beteiligt, gehörten allerdings nicht zu den Anmeldern und Organisatoren der Demonstrationen, die überaus überrascht haben.

Auf den „privaten“ Aufruf von Andreas Ehrholdt zur Demonstration gegen Hartz IV haben die Betroffenen reagiert. Die Losung „Hartz IV muss weg!“, am 26. Juli laut von einigen Hundert auf Magdeburgs Straßen erhoben, kam an. Die Menschen schlossen sich dem friedlichen Bürgerprotest an und folgten den Leuten um Ehrholdt, weil diese deutlich sagten, dass sie weder einer Partei, noch einer Gewerkschaft angehören.

Unter denen, die kamen, waren natürlich trotzdem Mitglieder von Parteien und Gewerkschaftern. Stereotyp hörten sie: „Fahren bleiben zusammengerollt!“, „Wir brauchen keine Gewerkschaften und keine Kirche!“, „Wir sind unabhängig!“ „Wir wollen friedlichen Bürgerprotest!“. Der friedliche Bürgerprotest fand bei Mitgliedern der PDS und anderer Parteien, bei Gewerkschaftsmitgliedern, bei Kirchenvertretern und beim Magdeburger Sozialforum trotzdem Unterstützung. Sie haben sich einfach beteiligt und ihre Transparente gezeigt, Technik und Strom zur Verfügung gestellt, Flugblätter verteilt. Für die PDS war wichtig, dass sie nicht versucht hat, eine Meinungsführerschaft in den Demonstrationen zu erringen. Das unterschied sich wohltuend von der MLPD, die offensichtlich versucht hat, Bürgerinitiativen zu initiieren und Strukturen zu schaffen. Der PDS-Stadtvorstand Magdeburg hat sich sogar sehr spät, im September mit den Demonstra-



Gregor Gysi bei seiner Rede vor Magdeburger Montagsdemonstranten.

tionen befasst. Er beschränkte sich dabei im Wesentlichen auf Aufrufe an Mitglieder und Sympathisant der PDS zur Teilnahme an den Demonstrationen sowie die Unterstützung der zwei im Sozialforum mitwirkenden Genossen. Das Auftreten von Vertreterinnen und Vertretern der PDS traf so auf viel Resonanz, zumal die PDS ihre Anti-Hartz-Politik nicht anlässlich der Magdeburger und schließlich bundesweiten Proteste formuliert hat. Die „Agenda Sozial“ als Alternative zur herrschenden Sozialrauspolitik ist seit August 2004 unter der Magdeburger Bevölkerung bekannter geworden. Das wollen wir ausbauen, in dem wir uns jetzt montags mit den Schönrechnungen der Bundesregierung für künftige Arbeitslosengeld-II-Betroffene auseinander setzen und die Notwendigkeit einer sozial gerechten Politik erklären. 38.000 Menschen sollen ab 2005 in Magdeburg vom Arbeitslosengeld II betroffen sein. Das

sind etwa 17 Prozent der Bevölkerung. Hier geht es nicht nur um Einzelfälle oder individuelle Schicksale, sondern auch um unsere Solidarität.

Auf der Suche nach Alternativen zur unsocialen Politik haben bisher viele Betroffene die PDS neu kennen gelernt. Öffentlich unterbreitete Gesprächsangebote von Mitgliedern des Stadtvorstandes und der Stadtratsfraktion sind zunehmend angenommen worden. Sie gehören in die Veranstaltungsplanung des Kommunikations- und Informationszentrums. Die Montagsdemonstrationen sollen auch in Magdeburg weiter gehen. Die PDS wird dabei sein. Woche für Woche durchzuhalten ist bei abnehmender Beteiligung nicht einfach. Doch der Protest ist nach wie vor gerechtfertigt und verdient unsere aktive Unterstützung.

Hans-Werner Brüning ist Vorsitzender der Stadtratsfraktion der PDS Magdeburg.

„Globalisierung und ihre Gegner – Was wollen die Globalisierungskritiker?“ – 2. November 2004, 19.00 Uhr, Kreis- und Stadtbibliothek Salzwedel, Neupervertor 2

„War die DDR judenfeindlich?“ – 4. November 2004, 18.00 Uhr, Galerie-Café Dessau, Schlossstraße

„Paul Schultze-Naumburg – Vom konservativen Kulturreformer zum nationalsozialistischen Kunstpropagandisten“ – 4. November 2004, 17 Uhr, Hotel Kaiserhof Naumburg, Bahnhofstraße 35-37

Szenische Lesung zum jüdisch-kommunistischen Widerstand im „Dritten Reich“ – 9. November 2004, 19.00 Uhr, einewelthaus Magdeburg, Schellingstraße 3-4

„Ziviler Ungehorsam als Mittel des sozialen Protestes“ – 13. November 2004, 10.00 Uhr, Franckesche Stiftungen Halle, Bauhof

„Gen-Technologie-Wirtschaft – Eine Auseinandersetzung mit ‚Grüner Gentechnik‘“ – 16. November 2004, Fachhochschule Magdeburg, Brandenburger Straße

„Das Bild der muslimischen Migrantin in Deutschland“ – 20. November 2004, 14.00 Uhr, Frauenförderzentrum Wernigerode, Oberpfarrkirchhof 14

„Die Reformlüge – 40 Denkfehler bzw. Mythen“ – 26. November 2004, Haus der Gewerkschaften Magdeburg, Otto-von-Guericke-Straße 6

E-Mail: bildungsverein.elbe-saale@t-online.de, Telefon: 0391/732 49 80

BILDUNGSVEREIN ELBE-SAALE E.V.

Der härteste Fall

von Barbara Knöfler

Es ist zwischen fünf und sechs Uhr am Morgen des 30. August. Da klopft es ungewöhnlich laut an die Zimmertür der Familie G. des Asylbewerberheimes. Ohne dass die zur Einschulung angereisten anderen Familienmitglieder begreifen können, was da geschieht, dringen Vollzugsbeamte in den Raum ein. Die Kinder werden schlaftrunken der Mutter entrissen und, wie die Großeltern später erfahren, bei Pflegeeltern untergebracht.

Die Mutter von drei Kindern befindet sich in Polizeigewahrsam, denn sie sollen alle am 2. September abgeschoben werden. Also, die gesamte Familie? Weit gefehlt! Recherchen ergaben, dass zur Familie wohl auch ein Vater gehören muss. Alle Behörden vermuten, er sei untergetaucht und habe seine Frau mit drei Kindern ihrem Schicksal überlassen. Zur Aufklärung trugen hier die Großeltern bei. Der Familienvater befindet sich seit Juli 2004 in einer psychiatrischen Klinik in Haar bei München. Bis zum Behandlungsbeginn in der Klinik hat er in dieser Region gearbeitet, um für den Unterhalt der Familie aufzukommen. Jedoch nach der ersten Abschiebungsandrohung im Juli 2004 ist er stark Suizid gefährdet. Fakt ist und damit auch die absolute Härte:

- Frau G. – Mutter von drei Kindern – befindet sich nach Gerichtsbeschluss in Abschiebehafte. Sie wird in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Halberstadt untergebracht. Die Abschiebung ist auf den 2. September 2004 datiert.
- Zwei der drei Kinder der Familie sind krank und bedürfen dringend einer ständigen medizinischen Betreuung. Die gerade eingeschulte Tochter muss sich nach einer Operation einer ständigen Nachsorge und Kontrolle unterziehen. Der vierjährige Sohn



bedarf aufgrund einer unheilbaren Genkrankung (nach humangenetischem Gutachten der Universität Magdeburg) einer medizinischen Kontrolle und Versorgung, die lebensnotwendig ist.

- Der Vater kann sich in diesen Prozess nicht einbringen, da er sich in der Psychiatrie einer Behandlung unterziehen muss.

Am 1. September versucht noch der Petitionsausschuss des Landtages gegen die Abschiebung wirksame Mittel einzusetzen. Unter großem Medieninteresse besuche ich am 1. September die Mutter in der Justizvollzugsanstalt Halberstadt. Verzweifelt berichtet die Mutter über das Vorgehen der Beamten im Asylbewerberheim. Sie ist wütend und möchte wissen, wo sich ihre Kinder befinden. Der letzte Ausweg scheint zu sein, einen prominenten Anwalt einzuschalten. Ziel soll sein, die Familie durch die Abschiebung nicht zu trennen. Gegen 19 Uhr verlassen wir die Mutter, denn das zuständige Ministerium teilte

uns mit, dass nicht getrennt abgeschoben wird. Dabei bezog man sich auf den Suizid gefährdeten Vater.

In der ersten Sitzung des Petitionsausschusses nach der Sommerpause am 2. September wird der Sachverhalt – obwohl bereits im Januar 2004 abgeschlossen – erneut auf die Tagesordnung gesetzt. Ziel der erneuten Behandlung:

- die Abschiebung auszusetzen bis der Vater die Klinik verlassen kann und
- kritisch die Arbeitsweise der zuständigen Behörde zu hinterfragen.

Vor Beginn der Sitzung des Ausschusses gab es folgende Information:

- Frau G. wurde um 1 Uhr morgens aus der Justizvollzugsanstalt durch Vollzugsbedienstete abgeholt und befindet sich gemeinsam mit ihren Kindern auf dem Weg zum Flughafen Düsseldorf. Von dort soll die Abschiebung um 14 Uhr erfolgen.
- Während der Sitzung wurde uns mitgeteilt, dass die psychiatrische Klinik nun nicht mehr die Auffassung vertritt, der Patient wäre akut Suizid gefährdet.

Die Abschiebung der Mutter und ihrer Kinder wurde ohne den Vater vollzogen. Das Resümee, dass ich ziehen muss, lautet: „Alles versucht, aber nichts erreicht.“

Möglicherweise könnten derartige Fälle in einer zu installierenden Härtefallkommission mehr praktische Hilfe, d. h. die Verhinderung der Abschiebung, erwirken.

Barbara Knöfler ist Vorsitzende des Petitionsausschusses des Landtages von Sachsen-Anhalt.

Termine der PDS Sachsen-Anhalt

27. Oktober, 17.00 Uhr, KIZ Magdeburg, **Diskussionsforum** „Grundlagen, Erwartungen und Vorschläge für eine tragfähige Strategie der PDS“

30./31. Oktober, Potsdam, **9. Bundesparteitag der PDS**

2. November, 18.30 Uhr, Magdeburg, **Landesvorstandssitzung der PDS**

7. November, Friedensweg OFFENE HEIDE, www.offene-heide.de

9. November, 17.00 Uhr, Marienkirche in Dessau, „Lieder gegen das Vergessen“

20. November, 10.00 Uhr, Metropol in Bernburg, **9. Politischer Bildungstag**

23. November, 18.30 Uhr, Halle, **Landesvorstandssitzung der PDS**

24. November, 17.00 Uhr, KIZ Magdeburg, **Diskussionsforum**: „Die Verbindung von sozialer Tagespolitik und der Sozialutopie eines demokratischen Sozialismus als Grundlage einer wirkungsvollen linken Strategie“

25. November, 16.00 Uhr, KIZ Magdeburg, **Abgeordnetensprechstunde** mit Dr. Frank Thiel (MdL)

26. November, 17.00 Uhr, **Beratung des AK Soziales der Landtagsfraktion mit kommunalen SozialpolitikerInnen**

27. November, 09.30 Uhr, Magdeburg, **Landesparteiratssitzung der PDS**

15 Jahre PDS – Sozialisten in Sachsen-Anhalt

9. Politischer Bildungstag der PDS am 20. November 2004

Ort: Metropol, Bernburg

Zeit: 10.00 bis 13.30 Uhr

Gäste: Dr. Rosemarie Hein, Landesvorsitzende der PDS Sachsen-Anhalt
Dr. André Brie, Mitglied des Europaparlaments



Das erste Mal für Sachsen-Anhalt: ein Volksentscheid

von Eva von Angern

Über 310.000 Menschen sagten JA zu einer besseren Kinderbetreuung. Am 15. Juni wurde das offizielle Endergebnis verkündet: Mit 260.588 gültigen Unterschriften stand der Erfolg des Volksbegehrens des Bündnisses „Für ein kinder- und jugendfreundliches Sachsen-Anhalt“ fest.

In einer historischen Debatte brachte Kay-Uwe Papenroth als Vertreter des Sprecherrates des Bündnisses am 8. Juli das Volksbegehren in den Landtag ein. CDU und FDP machten aus ihrem Hohn keinen Hehl und griffen den Redner des Bündnisses aggressiv an. Ministerpräsident Böhmer glänzte durch Abwesenheit. In einer Anhörung erfuhren wir einige Kritik am derzeitigen Gesetz: mangelhafter Personalschlüssel, ungenügende Rahmenbedingungen für die Umsetzung des Bildungsauftrages, Nichteinhaltung des Wunsch- und Wahlrechtes der Eltern ... In der Landtagssitzung im Oktober wurde der Gesetzentwurf des Volksbegehrens in zweiter Lesung abschließend behandelt und durch CDU und FDP bei Enthaltung der SPD abgelehnt. Die PDS bleibt bei ihrem klaren JA für einen Ganztagsbetreuungsanspruch für alle Kinder unabhängig vom Erwerbsstatus ihrer Eltern.



Wie geht es jetzt weiter? Laut Volksabstimmungsgesetz Sachsen-Anhalt muss bei einer Ablehnung des Volksbegehrens durch den Landtag frühestens drei und spätestens sechs Monate später ein Volksentscheid durchgeführt werden. Das bedeutet, der Volksentscheid wird frühestens im Januar und spätestens im April 2005 stattfinden. Der Volksentscheid wird an einem Sonn- oder Feiertag sein, die Wahllokale werden geöffnet haben, Stimmzettel werden dort ausliegen. Mindestens ein Viertel der Wahlberechtigten Sachsen-Anhalts müssen dem Gesetzentwurf des Bündnisses „Für ein kinder- und jugendfreundliches Sachsen-Anhalt“ zustimmen. Dass heißt: mindestens 540.290 Bürgerinnen und Bürger unseres Bundeslandes müssen ihre Ja-Stimme geben. Das ist eine immense Hürde.

Diese Hürde kann auch nur durch einen enormen Kraftaufwand und eine große Gemein-

samkeit aller beteiligten Kräfte bewältigt werden. Dies heißt auch für die PDS, dass wir unser politisches Handeln und unsere persönlichen Kräfte in den Wochen vor dem Entscheid in die Information und Aufklärung hinsichtlich der Chancen eines erfolgreichen Bürgerbegehrens setzen. Dabei dürfen wir natürlich auch die Risiken nicht unter den Teppich kehren. Das neue Gesetz kostet das hoch verschuldete Land sehr viel Geld. Es besteht zudem die große Gefahr, dass die Landesregierung versuchen wird, im Vorfeld soziale Gruppen gegeneinander auszuspielen. Nur im offenen Dialog mit den Menschen können wir ihnen die Angst davor nehmen. Schließlich ist es die Entscheidung der Menschen in Sachsen-Anhalt, wo sie ihre politischen Prioritäten setzen wollen. Dabei sei angemerkt, dass es das erste Mal sein wird, dass im Land nicht wie bei Wahlen die Katze im Sack gekauft wird. Die Menschen wissen, was im Gesetz steht, und können originär ohne Mittels„männer“ darüber entscheiden. Das erste Mal...

Eva von Angern ist kinder- und jugendpolitische Sprecherin der PDS-Landtagsfraktion und Stadtvorsitzende der PDS in Magdeburg.

Identifizierung mit allem Dunklen und Bösen

Die politische Auseinandersetzung mit rechter Musik wird häufig auf den extrem rechten Teil der Skinheadsubkultur und ihre rassistischen, antisemitischen und Gewalt verherrlichenden Inhalte fokussiert. Völlig unbeachtet bleibt, dass sich auch in anderen Jugendkulturen entsprechende Strömungen herausgebildet haben, deren Anhänger so rein gar nicht dem klassischen Bild des Neonazis entsprechen. So, wie die geschminkten, langhaarigen und mit Patronengurten geschmückten „Krieger“ des NS-Black Metal.

Black Metal ist eine der extremsten Spielarten des Heavy Metal. Er definiert sich über einen bestimmten Musikstil – extrem schnelle, harte Gitarrenriffs, knüppelndes Schlagzeug und ein tiefer grunzender Gesang – und mehr noch über seine inhaltliche Ausrichtung, der Identifizierung mit allem Dunklen und Bösen.

Öffentliche Beachtung fand er in der Vergangenheit lediglich im Kontext von spektakulären Ereignissen wie der Ermordung von Sandro Beyer 1993 in Sondershausen. Die Täter, die sich selbst als Satanisten sahen, spielten zusammen in der Black Metal Band „Absurd“. Satanismus spielt eine wichtige Rolle im Weltbild des Black Metal. Mit Stühlerücken oder okkulten Praktiken hat dieser aber rein gar nichts zu tun, vielmehr mit dem provokanten Spiel mit dem Diabolischen und Zerstörerischen. Daraus folgt ein Hass auf die Religio-

nen, der in Skandinavien beispielsweise seinen konkreten Ausdruck durch Brandanschläge auf Kirchen fand. In diesem Zusammenhang findet der Begriff „Krieg“ in der Szene häufig Verwendung. Kanwulf (Pseudonym), alleiniges Mitglied der deutschen Black Metal Band „Nargaroth“, bringt es auf den Punkt: „Black Metal ist Krieg“. Dieser Logik folgend bezeichnen sich viele Black Metal Musiker als Krieger.

Im Laufe seiner Entwicklung erfuhr der Black Metal weitere politische Radikalisierungen. Eine entscheidende ist die Herausbildung des NS-Black Metal. Hier rückt neben Satanismus, Kriegsverherrlichung und Vernichtungsphantasien insbesondere das Heidentum in den Vordergrund, womit fast immer der Rekurs auf den nordischen Mythos gemeint ist. Neben der obligatorischen weißen Schminke im Gesicht (so genannte „Corps Paint“ als Anlehnung an das Bild einer Leiche bzw. eines Totenschädels) treten einschlägige Bands gerne mit nordischen Kettenhemden oder ähnlichen Accessoires, zur Selbststilisierung des heidnischen Kriegers, auf. In ihren Texten findet sich eine konstruierte Wesensverwandtschaft zur von Göttern geschaffenen heimischen Scholle und das Bekenntnis, das eigene Leben für Heimat und Vaterland opfern zu wollen. Die mystische Verklärung der eigenen Heimat trieft nur so von Blut- und Boden-Romantik. Aus diesem

Bild heraus wird ein positiver Bezug auf eine Gesellschaft genommen, die nach Gesetzen funktioniert die direkt aus der Natur hergeleitet werden. Die menschliche Gesellschaft wird demnach als biologischer Organismus gesehen, in der jeder Mensch einen vorgegebenen Platz, eine determinierte Funktion besitzt. So wird die angeblich natürliche Ungleichheit der Menschen und das Recht des Stärkeren im „Kampf ums Dasein“ gerechtfertigt. Es verwundert wenig, dass sich die Protagonisten des NS Black Metal als Elite in dieser „natürlichen Gemeinschaft“ verstehen.

Für eine der momentan populärsten NS Black Metal Bands „Graveland“ ist folgerichtig das Heidentum Ausdruck der „Natur des Weißen Mannes, Teil seines Bewusstseins und seiner Identität“. Es sei ein ethnisch bestimmter Glaube und Teil „unseres rassistischen Erbes“, welches durch „Leute aus der Türkei, Neger und andere“ bedroht werde und nur durch einen „neuen Krieg“ gerettet werden könne.²

¹ Inlay von „Raise your Sword“ von Graveland

² Rob Darken (Mitglied von Graveland) 1995 im Interview mit dem Magazin Ablaze. Ablaze rezensiert regelmäßig rechte und extrem rechte Black Metal Bands und ist in Bahnhofsbuchhandlungen erhältlich.

Israel – Ein Land der Gegensätze

von Matthias Gärtner

Wenn man hier zu Lande über Israel redet, geht es zu meist um Selbstmordanschläge von Palästinensern, militärische Operationen der israelischen Armee in Gaza oder die sich im Bau befindende Sperrmauer zwischen israelischem und palästinensischen Gebieten. Um vor Ort ein differenziertes Bild zu erhalten, nahm ich die Chance wahr, im Frühjahr mit der Landeszentrale für politische Bildung nach Israel zu reisen. Es wurde eine Reise der Begegnungen mit den unterschiedlichsten Personen. Darunter eine 1960 in Wien geborene Frau, die ihre Familie durch den Holocaust verloren hat und 1979 nach Israel einwanderte; ein Abgeordneter des israelischen Parlaments; ein 1936 in Schlesien geborener Schriftsteller, der den Holocaust überlebte; ein Journalist; ein Palästinenser, der für die Naumann-Stiftung in Ost-Jerusalem arbeitet und ein Aktivist der Siedlungsbewegung. Sie sollen dazu beitragen, dass man in einer Woche eine möglichst objektive Einschätzung über dieses Land treffen kann. Um es vorweg zu nehmen: Nach dieser Woche gab es bei mir noch mehr unbeantwortete Fragen als davor.

Erste Station der Reise ist Tel Aviv. Die Stadt ist modern, weltoffen und tolerant. Über den zentralen Boulevard, an dem sich am wöchentlichen Feiertag Shabbat die Jugendlichen der Stadt treffen, flanieren Hand in Hand ein schwules Paar. In Jerusalem wurde in diesem Jahr die jährliche Gay Parade Israels von orthodoxen Juden massiv angegriffen.

Anita Haviv, die gebürtige Wienerin, will uns die israelische Gesellschaft mit ihrem Vortrag näher bringen. In diesem Land leben 5,4 Millionen jüdische und 1,2 Millionen arabische Menschen. Den 75 Prozent der nicht religiösen Juden stehen 25 Prozent Religiöse gegenüber. Wesentliches Element der Konstituierung des Staates Israel war und ist der Holocaust. Nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges sind 600.000 Menschen in das Land gekommen, die die Nazidiktatur in Konzentrationslagern überlebt hatten. Anita Haviv: „Das sind keine Museumsexponate, sondern das sind unsere Eltern, unsere Großeltern, das ist die Kassiererin!“ Gerade im Sommer sehe man alte Leute auf der Straße, auf deren Arm die eintätowierte Häftlingsnummer zu erkennen ist. Auch das ist ein Grund aus Sicht von Haviv, warum die Armee ein wichtiger Bestandteil der Gesellschaft ist. Jeder Mann muss drei Jahre und jede Frau zwei Jahre Wehrpflicht in der Armee ableisten. Spannend entwickelt sich eine Diskussion in der Reisegruppe. Ein Magdeburger vertritt die Meinung, dass sich aus seiner Sicht „die Deutschen“ für den Holocaust entschuldigen haben und dass es doch nunmehr an der Zeit wäre, dass die Israelis verzeihen. Anita Haviv stellt dazu fest: „Wem soll ich verzeihen? Und für wen soll ich verzeihen? Für meine Famili-

enangehörigen, die im KZ ermordet wurden?“ Michel Weinberg, als junger Student nach Israel eingereist, verweist auf die inneren Probleme des Landes, die durch die permanenten Außenkonflikte überschattet werden. Die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer. Jeder fünfte Israeli lebt unterhalb der Armutsgrenze. In den letzten zehn Jahren ist die Bevölkerung durch die Einwanderung von einer Million Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion um 20 Prozent angestiegen. Das stellt an die Gesellschaft riesige Integrationsaufgaben. Seine These ist: Die Gesellschaft ist bislang durch die Bedrohung von außen zusammengehalten worden. Sollte dieser Druck wegfallen, gibt es eine innenpolitische Explosion.

Mit diesen ersten Eindrücken geht es entlang des Toten Meeres in Richtung Jerusalem. Hier ist die Nahtstelle zwischen dem Kernland und den besetzten Gebieten. Hier zieht sich seit kurzem durch eine Stadt ein Sicherheitszaun, der an bestimmten Stellen durch eine acht Meter hohe Mauer ersetzt wird. Hier wird man in der Gedenkstätte Yad Vashem mit dem Holocaust direkt konfrontiert. Vorbei geht die Reise an dem Bergmassiv Massada. Es ist eines der wichtigsten Symbole der Juden. Ab dem Jahre 72 n. Chr. belagerten insgesamt sieben Monate die Römer dieses Bergmassiv, in dem sich 967 jüdische Menschen verschanzt hatten. Während der Erstürmung durch die Römer wählten diese den Freitod. Neben dem Holocaust ist Massada auch für die israelische Armee einer der wichtigsten Bezugspunkte. Hier finden die Vereidigungen statt. Der Leitsatz heißt dann: „Nie wieder Massada!“

In Jerusalems Altstadt atmet man ein Stück Weltkultur. Auf Schritt und Tritt begegnet man den Ursprüngen der Weltreligionen. Von der Klagemauer geht es zur Al-Aksa-Moschee, von dort weiter zur Grabeskirche Jesu. Das alles könnte man in zehn Minuten erreichen, wenn da nicht die massiven Sicherheitskontrollen durch die israelische Armee wären. Wir begegnen in der sich in der Westbank befin-

denden Siedlung Maale Adumin dem Siedlungsaktivisten Shimon Ansbacher. Mit einigen wenigen Leuten wurde diese Siedlung 1974 gegründet. Heute ist es eine moderne Stadt mit 34.000 Einwohnern. Und Ansbacher zeigt voller Stolz auf die Hügel im Umland. Die würden in den nächsten Jahren mit neuen Häusern besiedelt. Es scheint nicht vorstellbar, dass diese Siedlung in den nächsten Jahren vollständig geräumt wird.

Am nächsten Tag steht der Sicherheitszaun im Mittelpunkt des Programms. Für den Palästinenser Abu Dayyeh ist dieser ein Alptraum für jeden Palästinenser. Im Gegensatz dazu begrüßt die übergroße Mehrheit der Israelis diesen Zaun. In der Tat ist seit seiner Errichtung die Anzahl der Selbstmordanschläge massiv zurückgegangen. Für viele Palästinenser hat sich seitdem allerdings das Leben verschlechtert. So wird in Ost-Jerusalem das Hauptgeschäftsviertel der Palästinenser durch eine acht Meter hohe Mauer durchtrennt. Das Erreichen von Krankenhäusern und Schulen, die sich auf der anderen Seite der Mauer befinden, ist nur durch stundenlange Umwege gewährleistet.

Offensichtlich hat aber in beiden Teilen die Mehrheit der Bevölkerung das große Bedürfnis nach Frieden. Der Großteil der Israelis ist nicht mehr gewillt, die Kosten für die Sicherheit der Siedler beispielsweise im Gaza zu zahlen. Hier sorgen mehr Soldaten als Siedler für deren Unversehrtheit. Und auch der Großteil der Palästinenser tritt dafür ein, dass durch politisches Handeln weitere Selbstmordanschläge verhindert werden.

Am Ende der Reise stehe ich ziemlich hilflos mit offenen Fragen allein da. Aber der Besuch in der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem macht mir einmal mehr deutlich, dass gerade wir Deutschen verpflichtet sind, nicht pauschal und undifferenziert die Konflikte zu bewerten. Wer einmal durch die Halle der Kinder gelaufen ist, in dem die Namen der Kinder verlesen werden, die von den Nazis in den Konzentrationslagern ermordet wurden, wird das nicht so schnell vergessen können.



Nach der Wahl ist vor der Wahl

von Dr. Martin Reso

Drei Monate sind seit den Kommunal- und Europawahlen vergangen. Noch liegen nicht alle Analysen der Kreisverbände zum Wahlergebnis und zur Führung der Wahlkämpfe vor, und wir sind schon wieder mitten drin in der Vorbereitung der kommenden Landtags- und Bundestagswahlen. Anderthalb Jahre sind ein nicht üppiger Zeitraum für die Konzipierung einer Wahlkampagne. Am 27. September hat der Landesvorstand das neue Landeswahlbüro berufen, im November werden wir einen Wahlworkshop durchführen und bis Ende des Jahres soll der erste Entwurf der Wahlstrategie 2006 vorliegen. Die Termine sind eng, aber es macht Spaß an die Arbeit zu gehen, denn wir haben uns gemeinsam am 13. Juni ein Wahlergebnis organisiert, mit dem die PDS bundesweit wieder als politische Kraft gesehen wird und sich in der Medienöffentlichkeit zurückmeldete. Die nachfolgenden Wahlen in Thüringen, Sachsen, Brandenburg, im Saarland und in Nordrhein-Westfalen haben den wieder errungenen Platz der PDS im deutschen Parteiensystem bestätigt.

6,1 Prozent für die PDS zu den Europawahlen sind das beste Ergebnis, das wir bislang bei bundesweiten Wahlen erreichten. Wichtig ist dabei, dass das Prozentergebnis bei rückläufiger Wahlbeteiligung auf einem absoluten Stimmgewinn von 12.000 basiert. Auch in Sachsen-Anhalt haben wir um 2,8 Prozentpunkte zugelegt und 23,7 Prozent der Wählerstimmen für die PDS bekommen. Allerdings haben wir absolut fast 20.000 Stimmen weniger erhalten als 1999. Wir liegen damit – mit Ausnahme von Brandenburg – im Trend der Ostländer. Beruhigend ist das aber nicht. Vergleichen wir die absoluten Stimmen der diesjährigen Europawahl mit dem für uns traumatischen Bundestagswahlergebnis 2002, müssen wir – bundesweit – einen Negativsaldo von 337.000 Stimmen konstatieren. Es ist also viel zu tun.

Mit den Kommunalwahlen ist es uns im Land gelungen, die PDS als zweitstärkste politische Kraft zu etablieren. 22,4 Prozent der Wählerinnen und Wähler votierten für die PDS. Das ist ein großartiger Zuwachs von vier Prozent, den vor allem die vielen engagierten Genossinnen und Genossen in den Kreisen „eingefahren“ haben, beginnend mit guter Kommunalpolitik in der vergangenen Legislatur, weitergehend mit der Gewinnung von 2030 Bewerberinnen und Bewerbern für ein kommunales Mandat auf den offenen Listen der PDS (366 mehr als 1999!), bis hin zu einem ideenreichen und kraftvollen Wahlkampf vor Ort. Dafür möchte ich im Namen des Landeswahlbüros Glückwunsch sagen und ein herzliches Danke hinzufügen. 241 Mandatsträger arbeiten jetzt in den Stadträten Dessau, Halle und Magdeburg und in den Kreistagen für die PDS. In Halle und Magdeburg stellt die PDS die größten Fraktionen, auch in Dessau und 15 Territorialkreisen ist die PDS mit dem zweitbesten Parteienwahlergebnis Oppositionsführer. Damit haben wir uns die besten Wirkungsbedingungen seit der Wende erkämpft, die komplettiert werden durch die Mandatsträger in den Stadt-, Gemeinde- und Ortschaftsräten.

Kommunalwahlen bedeuten für die Kreisorganisationen, die kompliziertesten und aufwendigsten Wahlkampagnen zu führen. Dass es gelungen ist, bei kleiner werdender Mitgliedschaft und hohem Durchschnittsalter erneut zuzulegen, ist ein wichtiges Signal, dass die PDS gebraucht wird und viele mit ihr rechnen. Ich werde die Wahlentscheidungen auch als Hoffungszeichen auf eine Fraktion der PDS im nächsten Bundestag als Wahrer einer dem Sozialen verpflichteten Politik in Deutschland und als kräftige Stimme aus dem Osten, der auch 15 Jahre nach der Wende besonderer Aufmerksamkeit bedarf.

Dr. Martin Reso ist Leiter des Landeswahlbüros der PDS Sachsen-Anhalt.

Impressum

klartext – Magazin der PDS Sachsen-Anhalt

Herausgeber: Landesvorstand der PDS Sachsen-Anhalt

Chefredakteur: Matthias Höhn (Mdl)

Redaktion: Dr. Thomas Drzisga (V.i.S.d.P.), Corinna Grundmann, Monika Krüger, Anke Lohmann, Katja Müller, Sven Barquet, Matthias Gärtner (Mdl), Dr. Martin Reso, Achim Spaeth

Satz/Layout: Andrea Johlige

Druck: UngerDruck, Barleben

Auflage: 6.200 Exemplare

Preis: Spende

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 19. Oktober 2004 · klartext erscheint einmal im Quartal.

Das Magazin ist erhältlich in allen Geschäftsstellen und Wahlkreisbüros der PDS Sachsen-Anhalt.

Für unverlangt eingesandtes Bild- und Textmaterial wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich bei Leserbriefen das Recht Sinn wahrer Kürzungen ausdrücklich vor.

Vervielfältigung, Speicherung und Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Anschrift: PDS-Landesvorstand Sachsen-Anhalt, Redaktion klartext, Ebendorfer Straße 3, 39108 Magdeburg

Fon: 03 91/7 32 48 40, **Fax:** 03 91/7 32 48 48, **E-Mail:** landesvorstand@pds-sachsen-anhalt.de

Wie kann das sein?!

Leserbrief

Mein Name ist Heidelinde Penndorf. Ich bin 47 Jahre jung, seit 28 Jahren verheiratet und Mutter von zwei erwachsenen Kindern. Von Beruf bin ich Sprechstundenschwester und Kauffrau für Marketing, allerdings seit 1999 arbeitslos. Noch vor einem Jahr habe ich mit keiner Silbe daran gedacht, dass ich 2004 einer Bürgerinitiative angehören und die Leute in Weißenfels zu Demonstrationen gegen die Agenda 2010 auffordern würde. Für mich war nach dem Verlust unseres Eigenheimes und des Familienbetriebes 1996 nach 30-jähriger Tradition nur noch meine Familie wichtig. Politischen Dingen stand ich ziemlich neutral, ja sogar desinteressiert gegenüber. Doch als die Hartz-IV-Reform immer öfter in den Medien debattiert wurde, begann ich mich im Internet darüber zu informieren, mich mit Betroffenen zu unterhalten und den Montagsdemonstrationen beizuwohnen, obgleich es nicht lange beim passiven Zuhören blieb. Mich selbst betrifft diese Reform in folgenden Punkten:

Ich erfuhr, dass meine Tochter – Anwärtin auf einen Studienplatz – nicht mehr zur „Bedarfsgemeinschaft“ zählt. Demnach bildet sie eine eigene „Bedarfsgemeinschaft“, hat somit die Option ALGII ab 1. Januar 2005 zu beziehen und würde sich folglich zum Staatsschuldner machen. Dies empfinde ich als absurd, da diese Jugendlichen wirtschaftlich noch nicht selbstständig sind und ihr Lebensunterhalt noch von den Eltern bestritten wird.

Sehr betroffen macht mich auch die Erbenhaftung. Mein Mann und ich haben es geschafft, unsere betrieblichen Verbindlichkeiten durch ein hohes Maß an persönlichen Entbehrungen auf Null zu setzen. Wir waren sehr stolz, unseren Kindern keine Schulden vererben zu müssen, doch dank der Regierung werden unsere Kinder haftbar für die Zurückzahlung des ALG II gemacht.

Das löst unweigerlich Schuldgefühle gegenüber unseren Kindern, aber auch Wut auf die Regierung aus. Wie kann die Regierung in solchem Ausmaß in unser Leben eingreifen, ohne jemals die Rahmenbedingungen der Wirtschaft der Arbeitsplatzsituation angepasst zu haben? Wie kann es außerdem sein, dass der Informationsfluss noch nicht bis zum Amt für Arbeit vorgedrungen ist und ich diejenige war, die Angestellten des Arbeitsamtes über diesen Punkt aufklärte?

Unsere Bürgerinitiative wird in allen Bereichen aktiv von der PDS unterstützt, ohne für ihre Partei in irgendeiner Form Propaganda zu betreiben. Gemeinsam mit der PDS und der Kommunalpolitik versucht diese Bürgerinitiative, alle Hartz-IV-Betroffenen in vielen Bereichen zu unterstützen.

**Heidelinde Penndorf,
Weißenfels**



Proteste gegen Sozialabbau